

- PRESSEMITTEILUNG -

Bildungsausschuss verstrickt sich in Widersprüche...

Obwohl Abgeordnete und Sachkundige Einwohner aller Fraktionen im Schöneicher Bildungsausschuss das Modell des längeren gemeinsamen Lernens befürworteten, stimmten nur die LINKEN der eigenen Beschlussvorlage zu.

Seit über einem Jahr wird in der Schöneiche bei Berlin über Bildungs- und Schulpolitik diskutiert. Grund dafür ist der Wunsch, das Bildungsangebot über die Kindergartenzeit und die sechsjährige Grundschule hinaus zu erweitern.

Dabei verengte sich die Schuldiskussion in den letzten Monaten sehr einseitig auf das Projekt eines evangelischen Privatgymnasiums. Um die Debatte nach dem Rückzieher der evangelischen Schulstiftung im März 2011 wieder zu beleben, brachte DIE LINKE ihren Vorschlag zum längeren gemeinsamen Lernen noch einmal formal in die Gemeindevertretung ein.

Die entsprechende Beschlussvorlage (BV 292/2011) wurde am 8.Juni im Schöneicher Bildungsausschuss beraten.

Dabei trug sich kurioses zu: Die Abgeordneten und Sachkundigen Einwohner/innen aller Fraktionen äußerten sich ausnahmslos positiv zum Modell der Gemeinschaftsschule.

Diese wird von der Partei DIE LINKE als Alternative zur bestehenden Selektion in „gute“ Gymnasiast/innen und „schlechte“ Oberschüler/innen nach der 6.Klasse angestrebt.

Bei aller Zustimmung zeichnete sich bereits in der Diskussion allerdings ein widersprüchliches Abstimmungsergebnis zu der LINKEN-Vorlage ab. Und tatsächlich stimmten nur die beiden Vertreterinnen der Linksfraktion im Bildungsausschuss, Maud Wiegand-Kaufmann und Gabriele Streitz, der eigenen Vorlage zu. Während sich die CDU enthielt, lehnten SPD und Freiwillige Feuerwehr den Vorschlag ab. Als Gründe nannten sie vor allem die etwaige Gefährdung des Projektes „evangelisches Gymnasium“ sowie die vermeintlich nicht zu stemmenden Kosten der Gemeinschaftsschule.

Der Beschlussvorschlag der LINKEN (siehe Anlage) fordert jedoch lediglich ein Bekenntnis der Gemeinde zum Modell der Gemeinschaftsschule. Außerdem soll Schöneiche sich als Standort für eine vom Land geförderte Modell-Gemeinschaftsschule anbieten, die auf eine der beiden örtlichen Grundschule aufbauen könnte.

„Unser Vorschlag bedeutet eine inhaltliche Unterstützung des längeren gemeinsamen Lernens und verursacht keinerlei Kosten.“, korrigiert LINKEN-Gemeindevertreterin Maud Wie-

gand-Kaufmann die geäußerte Kritik, „Nach den Positionierungen der anderen Fraktionen wäre eine Zustimmung im Ausschuss problemlos möglich gewesen.“

Dass ausgerechnet die Ausschussvorsitzende Karin Müller (SPD) ihre Gegenstimme mit der unsicheren Haltung der Landesregierung zur Gemeinschaftsschule zu rechtfertigen versuchte, erscheint als weiterer Widerspruch. Schließlich ist es die Landes-SPD, die sich bisher nicht zu konkreten Schritten zum längeren gemeinsamen Lernen durchringen kann.

So ergänzt Maud Wiegand-Kaufmann: „Wir bitten die anderen Fraktionen, sich noch einmal darüber zu verständigen und in der Gemeindevertretung doch unserem Vorschlag zuzustimmen. Der inhaltliche Konsens ist da! Und es geht schließlich um eine gute Bildung für unsere Kinder...“

Eine Ablehnung des Antrages, nur weil er von der LINKEN kommt, erscheint kindisch, aber nicht ausgeschlossen.

Auch die Konkurrenz des Vorschlages zum angestrebten evangelischen Privatgymnasium ist für DIE LINKE keine akzeptable Argumentation, schließlich hat die Gemeindevertretung stets eine staatliche Schullösung präferiert.